

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, den Müllengrund, Rüdchnappel und Trischheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 20.— RM monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60.— RM vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 80 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaltene Grundzeile wird mit 2.— RM für auswärtige Besteller mit 2,25 RM berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigeipaltene Zeile 4,50 RM, für Auswärtige 5.— RM. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postkontonummer Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 125

Mittwoch, den 31. Mai 1922

72. Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

Die bereits angekündigte Eisenbahnnote der Postämterkonferenz ist nunmehr der deutschen Volkshilfe in Paris überreicht worden. Es handelt sich um ein Dokument mit sehr umfangreichen Anlagen. Die Note verbietet u. a. den viergleisigen Ausbau der Strecke Köln-Nachen bis Turen. Sie verlangt ferner die Bekämpfung zahlreicher Eisenbahntrampeln, weil sie angeblich militärischen Zwecken dienen könnten, und sieht außerdem die Einstellung mehrerer im Bau befindlichen Eisenbahnstrecken in Westdeutschland vor. — Soweit soll also unsere Bevormundung geben!

Gestern ist in Berlin eine 30-Millionen-Gesellschaft gegründet worden, der neben Sinnes und Krupp andere Mitglieder der Schwerindustrie angehören. Zweck der Gesellschaft ist die Aufnahme des Handels mit Rußland. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Moskau und in Berlin.

Als Kandidaten für den Gesandtschaftsposten in Moskau werden der Sozialpolitiker Hillferding und der bisherige Gesandte in Stockholm, Radolow genannt. Auch der frühere Staatssekretär von Sibirien bemüht sich um den Posten.

In Rancu wurde mit einem Kapital von 500 Millionen Francs eine „Regionale Vereinigung für Studien auf dem Rhein“ gegründet, der vorwiegend Handelskammern und vier der Rheinisch-Westfälischen Interessierten Gruppen angehören. — Sie sollen ihn nicht haben, den freien, deutschen Rhein!

Zum Wojwoden von Böhmen-Oberschlesien wurde Krawczinski ernannt, damit ist auch die Kandidatur Morikantors für diesen Posten erledigt.

Eine Trauerfeier des Reichstages.

Abchied von Oberschlesien.

Berlin, 30. Mai.

Die Politik, die uns den „Mut zur Schuld“ empfahl, wird heute begraben. Die Flaggen auf den vier Ecktürmen des Reichstages wehen halbstund, während im Sitzungssaal der Abchied von Oberschlesien begangen wird; und ein breites weiß-gelbes Banner mit dem schlesischen schwarzen Adler, das von der Brüstung der Tribünen herniederwallt, ist an beiden Seiten mit Trauerflor bestickt. Die Politik Wirth ist also erschlagen, ein großer Teil Oberschlesiens entzissen. Der Reichsanwalt selbst hält den Scheidenden Büchern den Nachruf. Er dankt den Vertretern, die im Auftrage der Reichsregierung die Verhandlungen geführt haben. Der Dank müsse unbedingt ausgedehnt werden auf die Gesamtheit der ober-schlesischen Bevölkerung, die im Laufe dieses Jahres maßvolle Leiden zu ertragen gehabt hat. Im Laufe dieses Jahres hat die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien eine bewundernswerte Geduld an den Tag gelegt. Der Friedensvertrag hat sich nicht als ein Vertrag des Friedens, sondern als ein

Vertrag des Kampfes

erwiesen. Der Reichsanwalt bittet das Haus, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen, damit dem Frieden in Mitteleuropa gedient werde, damit nicht neue zahllose Verhandlungen notwendig seien. Wer einem Staatsverband angehört, werde diesem nach seinen staatsbürgerlichen Pflichten dienen müssen. Niemals könne aber dessen Volkstum verweigern, seine eigene deutsche Zusammengehörigkeit auch in Zukunft zu pflegen. Die

Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit der deutschen Einheit dürfe niemals im deutschen Herzen untergehen.

(Lebhafte Beifall.)

In würdiger Form sprechen dann auch die Redner der Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, die diesen „nationalistischen Rummel“ nicht mitmachen wollen. Da gibt es Aufruf und wilde Zurufe. Ein Teil der Zuhörer ist anscheinend nicht im Klaren darüber, daß die regierende Koalitionsmehrheit selber an dem Verlust deutschen Landes die Schuld trägt. Unsere Erfüllungspolitik hat uns so nachgiebig gemacht, daß die Franzosen uns eben alles bieten konnten, obwohl Lloyd George für „Fair play“ war und die Italiener am liebsten den lateinischen Brüdern die Köpfe eingeschlagen hätten. Der Reichstag nimmt — mit einer Rechtsverweigerung, nach der kein Sachverhalt — die Auseinandersetzung zwischen Polen und Deutschland über Oberschlesien endgültig an. Herzog und Rheinbaben, die Vertreter der Rechten, sagen: „Einst wird kommen der Tag! ...“

Präsident Löbe gibt noch einmal im Namen des Reichstages dem Schmerze über die Trennung von dem ober-schlesischen Volksteile Ausdruck. Unvergänglich möge die Treue haben und drüben sein.

Unvergänglich die Rechtsverweigerung.

die die deutsche Regierung gegen die Teilung Oberschlesiens eingelegt habe.

Damit hatte die Sitzung um 1 Uhr ihr Ende gefunden. Um 2 Uhr beginnt

die zweite Sitzung.

Das Haus fährt in der gestern abgebrochenen Aussprache zur Regierungserklärung über Genua fort. Von den Deutschnationalen spricht nicht Helfferich, wie ursprünglich verabredet worden war, sondern Hörsch, der Geschichtspräsident. Er ist nicht das rote Tuch für die Linken, sondern gilt als gemäßigt, als keinesfalls radikal. Und so hört man sich denn seine Ausführungen interessiert und ruhig an, wie das Kolleg einen beliebigen Hochschullehrer. Dazu kommt, daß er in keinem Fach Spezialist für Osturopa ist und über Rußland allerlei zu sagen weiß, was sich von der gewöhnlichen Wiederholerei aller Zeitungsaufsätze an dieser Stelle abhebt.

Mit dem Rapallo-Vertrag ist er persönlich einverstanden. Rußland werde eines Tages, wie das bei einem Rohstofflande selbstverständlich ist, überraschend schnell gefunden und es sei richtig, daß wir uns schon jetzt für Aufbauarbeiten einsetzen. Um so härter ist die Ablage des deutschnationalen Redners in der Reparationspolitik der Regierung; sie ist ganz überraschend scharf. Hörsch bringt auch ein Mißtrauensvotum ein, über das morgen abgestimmt werden soll. Die Mehrheit der Fraktion hat es verlangt, die Minderheit unter Helfferichs Führung war aus taktischen Gründen diesmal dagegen.

Eine fast noch schärfere Kritik übte der Deutsche Volksparteier Beder-Hellen, will aber trotzdem keine Bedenken gegen den Russenvertrag geltend machen. Auch in der Koalition ist man von Wirths Wirten anheimelnd nicht mehr so fest überzeugt. Sogar Dernburg fordert, so wenig als es es kann, vor allem ein tatkräftiges Vorgehen in der Schuldfrage.

Hbg. Böhm (Bayr. Sp.) hält dem Auslande vor, daß der Untergang Deutschlands auch der Untergang Europas sein würde. Unter erdrückenden Steuern würde unsere Industrie schließlich zum Erliegen kommen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Einige kleine Vorlagen, darunter die deutsch-dänischen Verträge werden den Ausschüssen überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Kleine Vorlagen, Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum. Schluß gegen 8 Uhr.

Deutsches Reich.

Schulbedarfsgezet.

Dresden. Der Rechtsausschuß des Landtages trat gestern in die Einzelberatung der Paragraphen 1 bis 11 des Schulbedarfsgesetzes ein, und sichtigte die in der allgemeinen Aussprache von den einzelnen Parteien gestellten Anträge, über die in Verbindung mit den einzelnen Paragraphen abgestimmt wurde. Fast alle Anträge der bürgerlichen Parteien wurden von der Linken abgelehnt, darunter auch die von der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gestellten Anträge über die Berücksichtigung der Wünsche der Gemeinden bei Befetzung der Lehrstellen. Der sozialistische Staat sichert sich im Gehehe die volle Gewalt über die Schule. Von Bedeutung ist, daß die Höchststundenzahl für Fortbildungsschulen auf 40 für drei Schuljahre festgesetzt wurde, was alle Parteien gewünscht hatten.

Die Polizeikapitel.

Im Haushaltsausschuß A fand die Regierung bei der Abstimmung über die feinerzeit an den Ausschuss zurückverwiesenen Polizeikapitel für diese hochwichtige Angelegenheit, auch diesmal keine Mehrheit. Die Kommunisten stimmten mit den Bürgerlichen gegen Kapitel 48. Ebenfalls wurde § 3 des Finanzgesetzes für 1922 abgelehnt. Die Unabhängigen hatten ihre ablehnende Haltung aufgegeben.

Ob die Kommunisten bis zur Verabschiedung im Plenum noch zum Unfall gebracht werden, ist zweifelhaft.

Die normale schwebende Schuld.

Berlin. Die vorläufigen Vereinbarungen, die in Paris zwischen dem Finanzminister Dr. Hermes und Herrn Bradburn getroffen und zur Grundlage der gestern in Paris überreichten deutschen Note gemacht wurden, haben, wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Paris erfährt, folgenden Inhalt: Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich auf das eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer ausländischen Anleihe erhält. Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen einer angemessenen Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen: 1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt ab als der normale Höchstbetrag. Die Reparationskommission hielt nach der Übertragung der Note eine offizielle Sitzung ab, um von der deutschen Antwort Kenntnis zu nehmen. Obwohl die deutsche Antwort nach der Auffassung der Reparationskommission kein reines Ja darstellt, glaubt man nach dem Intranigant allgemein, daß dieses Ja mit Vorbehalt die Fortführung der Diskussion ermöglichen wird. Man meint, daß nunmehr von einer Befreiung des Ruhrgebietes kaum noch gesprochen werden könne. Dies wäre nur möglich gewesen, wenn die Antwort Deutschlands die Bankierkonferenz beunruhigt und die Reparationskommission gezwungen hätte, die Angelegenheit dem Obersten Rate oder den alliierten Regierungen zu übergeben. — 2. Wenn bis zum 30. Juni 1922 oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag übersteigt, so werden Schritte getan, um sicher zu stellen, daß die Überschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezahlt wird.

Der deutsch-dänische Schleswig-Vertrag vor dem Reichsrat.

Der Reichsrat hielt gestern Abend unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Simson vom Auswärtigen Amte eine öffentliche Sitzung ab, auf der Tagesordnung stand der Gesetzentwurf über den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark betreffend die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit für Nord-Schleswig an Dänemark entstandenen Fragen. Es handelt sich um eine große Reihe von Abkommen, von denen achtzehn zu einem Handelsvertrage zusammengefaßt sind. Der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein, Lönnes, gab eine Erklärung ab, der zufolge die Provinz Schleswig-Holstein den Vertrag zustimmt, soweit er den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Dagegen erkennt die Provinz die gezogenen Grenzen nicht an und verlangt eine entsprechende Korrektur. Der Vertrag wurde angenommen. Die nächste Sitzung des Reichsrates findet am 1. Juni, 1 Uhr, statt.

Unfinnige Verdächtigungen.

Im englischen Unterhaus fragte Viscount Curzon den Premierminister, ob die Regierung irgendeinen Grund zu der Annahme habe, daß ein militärisches Abkommen zwischen der deutschen und der Sowjet-Regierung zustande gekommen sei. Lloyd George erwiderte, es seien Nachforschungen angestellt worden; bedauerlicherweise habe er jedoch noch keine Informationen erhalten. Diese Frage werde nicht aus dem Auge verloren werden. Das Unterhausmitglied Ward rief: Wir wissen, daß ein solches Abkommen getroffen wurde. Lloyd George schwieg darauf. Reichsanwalt Dr. Wirth, Außenminister und auch Reichstagsmitglied haben mit allem Nachdruck die Behauptungen, neben dem Vertrag von Rapallo laufe eine Militärabkommen, dementsprechend als Erfindungen bezeichnet. Lloyd George täte gut, das zu glauben oder seine Nachforschungen möglichst rasch zu beenden und das Ergebnis mitzuteilen.

Wochenhilfe.

Im Reichstagsausschuß für Sozialpolitik wurde gestern der Gesetzentwurf über Wochenhilfe beraten. Er wurde in der von der Regierung vorgelegten Fassung mit einigen Änderungen, betreffend die Höhe des Krankengeldes, angenommen.

seiner Rechten ein
et Nymphen; auf dem
offenbar die Moral
rauen Newyork sind
h sein kann, seinen
weiblichen Wesen zu
die Frau als Sym-
rauenverbände haben
kern, das eine herab-
le gesamte Künstler-
Bildhauers gestellt.
in keiner beneidens-
recht machen?
tholische Pfarrkirche
verüßt. Das Bau-
der Kirche geschlepp
enbar gestört worden
Aus der Sakristei
bergoldete Geräte ge-

Wohlmarkt

Preiser —, Rüberr121
ommen: 1285.
10 Rg. in 9Rk.,
8 Jahren 280
em. 2700
ere 2800—2300
2800
3500
2000—2300
2800
2700
2800
2200—2400
1000—1800
3000
2800—2800
2800—2400
2200
2100
1400—1600
3800
4000
3700—3800
3300—3400
340—3800
4200—4800
2800—3500
4,00—4400

schlecht, Schweine frucht
igen Espen, wie Frucht
ngsbüch. Umfänger,
en.

ein-Callnberg.

er Falkenstein (Abgangs
berpflegelosten 35 RM.)
innerstag, den 1. Juni

ngen

mburg

össnitz

nell.

JAEGER

rat. Spejit.

en beider Eltern,
lich ihrer Ver-
aufmerksamkeiten.

r Zipfel u. Frau.

Chemnitz